

TT 28.8.2020

Mandatare wenden sich an Staatsanwaltschaft

Wiesing – Im Wiesinger Gemeinderat gab es am Mittwoch wieder eine hitzige Diskussion. Wie berichtet, ging es um einen nachträglichen Beschluss zu einem Kaufvertrag zwischen Gemeinde und zwei Fahrschulbetreibern, der bereits seit 2017 rechtskräftig ist.

„Es ist wirklich wild zugegangen bei der Sitzung“, schildert GR Alexandra Zingerle (UWL). Laut ihr habe BM Alois Aschberger (UWL) darauf gepocht, für die Gemeinde ein gutes Geschäft gemacht zu haben, und sogar von Ersparnissen gesprochen. „Aber war-

um sagt er uns das dann nicht? Warum wird der Vertrag mit Änderungen unterzeichnet, ohne dass man mit uns darüber spricht?“, sagt Zingerle.

GR Maria Chelucci (WFW) hat den Fall an die Staatsanwaltschaft und Gemeindeaufsicht gemeldet: „Eine neutrale Stelle soll das prüfen.“

BM Aschberger war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar. VBM Hermann Keiler wollte nichts dazu sagen. Mit 7:8 Stimmen wurden der Nachtrag und die damit verbundenen Kosten von 80.000 Euro beschlossen. (emf)